

„Deutschland hat Zensurkomplex, der größer ist als alles, was wir in den USA gefunden haben“

Von Jakob Schirmmacher

Stand: 21.12.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



Der australische Forscher Andrew Lowenthal

Quelle: Miloš MILOŠEVIĆ; Montage: Infografik WELT/Christian Görke

Was ist der „Zensur-Industrie-Komplex“? Unter diesem Titel erforschte Andrew Lowenthal in den USA ein Netzwerk aus NGOs und Geheimdiensten, Regierungsstellen und Tech-Plattformen, das seiner Meinung nach die öffentliche Debatte mitsteuert. Nun hat er dasselbe in Deutschland versucht.

Eine Zensur findet nicht statt, heißt es im Grundgesetz. Doch gilt das immer noch? Der Australier Andrew Lowenthal gehörte zu den ersten Forschern, die jenes US-amerikanische Netzwerk aus NGOs, Geheimdiensten, Regierungsstellen und Tech-Plattformen kartierten, das im Kampf gegen „Desinformation“ die öffentliche Debatte mitsteuert. Jetzt hat er dasselbe in Deutschland unternommen – und war selbst überrascht vom Ausmaß der Problematik. Lowenthal ist Mitbegründer von [liber-net](https://liber-net.org/) (<https://liber-net.org/>), er arbeitete eng mit Matt Taibbi an den „Twitter Files“ (<https://www.welt.de/kultur/plus242986349/Twitter-Files-Das-ganze-Ausmass-der-Beeinflussung.html>), verfasste einen großangelegten Bericht über den „Censorship-Industrial Complex“ und war Fellow am Berkman-Klein-Center der Harvard University sowie am MIT.

WELT: Herr Lowenthal, lassen Sie uns am Anfang klären, worüber wir sprechen. Was genau verstehen Sie unter dem „Zensur-Industrie-Komplex“?

Andrew Lowenthal: Der Zensur-Industrie-Komplex ist ein Netzwerk aus NGOs, Universitätszentren, Faktencheck-Programmen, Thinktanks, Stiftungen und Regierungsabteilungen, die gemeinsam Online-Inhalte entfernen – in der Regel unter dem Vorwand, gegen „Desinformation“ oder „Hassrede“ vorzugehen. Es ist ein organisches und zugleich staatlich gestütztes System. Manche NGOs agieren unabhängig, um das Internet von „falschem Denken“ zu säubern, andere arbeiten eng mit Regierungen und politischen Akteuren zusammen, um genau dieselbe Arbeit zu leisten.

WELT: Und dieses Modell existiert auch außerhalb der USA?

Lowenthal: Ja, ganz eindeutig. Unsere Recherchen zeigen, dass es in Deutschland genauso weitreichend ist wie in den USA. Aber hier ist die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft noch enger – und es gibt weniger Versuche, das zu verschleiern.

WELT: Sie sprechen von Zensur. Das ist ein Begriff, der in Deutschland sehr aufgeladen ist. Was meinen Sie damit genau?

Lowenthal: Wir nutzen den Begriff „Zensur“ für die radikalsten Akteure, die aktiv Inhalte löschen, extreme Positionen fördern oder das Ganze in großem Maßstab tun. Im weiteren Sinne sprechen wir von „Content Controls“, weil der Begriff Zensur emotional stark aufgeladen ist – obwohl er rein sachlich einfach das Entfernen von Inhalten beschreibt, das in manchen Fällen ja auch gerechtfertigt sein kann.

WELT: Welcher Schluss folgt aus ihrer Untersuchung? Zensiert Deutschland?

Lowenthal: Zu großen Teilen: Ja. Vieles von dem, was wir untersucht haben, stammt aus einem Feld, das sich dem Ziel verschreibt, ein sauberes, friktionsloses Internet zu schaffen – getragen von der Idee, dass sich Wahrheit und Falschheit klar voneinander unterscheiden lassen, und zwar durch eine erleuchtete Elite. Und dass diese Elite das Recht habe, Inhalte zu entfernen oder mit jenen zusammenzuarbeiten, die das tun. Den Beteiligten ist nicht klar, dass ihre Arbeit nicht neutral, sondern zutiefst politisch ist.

„Demokratie leben!“ gefährdet die Demokratie

WELT: Wenn Sie ein besonders drastisches Beispiel für staatlich unterstützte Inhaltskontrolle in Deutschland nennen müssten – welches wäre das?

Lowenthal: Ein besonders drastisches Beispiel ist das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, das nach unseren Daten der größte staatliche Geldgeber für Anti-Hassrede- und Anti-Desinformations-Projekte ist und de facto zu den größten staatlichen Finanzierungsmaschinen für Inhalts- und Narrativkontrolle gehört. Das Programm, betrieben vom Bundesfamilienministerium, bewegt jährlich nahezu 200 Millionen Euro und verteilt diese Mittel auf Dutzende Organisationen und über 170 Projekte. Viele davon arbeiten direkt an der Regulierung vermeintlicher Desinformation, Hassrede oder anderer politisch definierter Ausdrucksformen. Ein illustrativer Fall ist HateAid: Die Organisation hat über die Jahre fortlaufende staatliche Förderung erhalten – insgesamt mehr als 2,39 Millionen Euro aus Mitteln des Familienministeriums und des Justizministeriums – und fungiert zugleich als „Trusted Flagger“ im Sinne des „Digital Services Act“ der EU (<https://www.welt.de/kultur/plus248189090/Digital-Service-Act-der-EU-DSA-Eine-umfassende-Datenanalyse-der-Zensur.html>), mit der Befugnis, Inhalte zur beschleunigten Prüfung zu markieren, was in der Praxis häufig zu schnellen Löschungen führt. Durch diese Förderstrukturen entsteht ein staatlich finanziertes Netzwerk, das nicht nur klassische Bildungsarbeit leistet, sondern direkt in die Bewertung, Einstufung und Eskalation von Online-Äußerungen eingreift.

WELT: Sie hätten dieses System überall untersuchen können, warum gerade Deutschland?

Lowenthal: In der globalen Analyse war klar: Nach den USA sind die EU, Großbritannien und Deutschland die wichtigsten Knotenpunkte dieses Systems. In den USA hat die Trump-Regierung das Zensursystem zumindest teilweise zurückgedrängt – auch wenn die neue Regierung ihre eigenen Probleme mit der Meinungsfreiheit (<https://www.welt.de/debatte/plus68cbfd6ba609990af70f1115/USA-nach-Charlie-Kirk-Die-Buechse-der-Pandora.html>) hat, aber eher im Offline-Bereich. Wir wollten ursprünglich die gesamte EU kartieren – aber allein in Deutschland haben wir über 330 Organisationen identifiziert. Ab diesem Punkt war klar: Das ist ein System für sich. Und es ist größer, als ich erwartet hatte. Deutschland hat einen Zensurkomplex aufgebaut, der größer ist als alles, was wir in den USA gefunden haben.

WELT: Was hat Sie bei Ihren Recherchen am stärksten irritiert?

Lowenthal: Zum einen die schiere Anzahl der beteiligten Organisationen. Zum anderen, wie eng sie mit staatlichen Stellen verwoben sind. (<https://www.welt.de/debatte/plus255462924/CBS-Doku-Die-neuen-Grenzen-der-Meinungsfreiheit-in-Deutschland.html>)

Und wie ironiefrei manche Projekte auftreten. Zum Beispiel eine akademische Initiative namens „Machine against the Rage“ – ein Projekt, das letztlich den Mächtigen hilft, anstatt sie zu hinterfragen.

WELT: Wie entstand die Idee, das deutsche System systematisch zu untersuchen?

Lowenthal: Es basierte auf Gesprächen mit deutschen Journalisten und Meinungsfreiheits-Aktivisten, die große Sorge über das Ausmaß staatlicher und zivilgesellschaftlicher Zensur äußerten. Viele hatten das Gefühl, dass zwar einzelne Aspekte beleuchtet wurden, aber niemand das Gesamtbild kannte. Da war klar: Wir können denselben methodischen Ansatz wie in den USA anwenden – und damit eine Wissenslücke schließen.

WELT: Entspricht das Ergebnis ihren Annahmen?

Lowenthal: Ich dachte, es sei schlimm. Aber nicht so schlimm.

Es geschieht nicht einmal heimlich

WELT: Sie haben viele andere Länder mit den USA verglichen – was ist der entscheidende Unterschied?

Lowenthal: In den USA zwingt das „First Amendment“, also der erste Verfassungszusatz, der die „Freedom of Speech“ schützt, den Staat dazu, diese Strukturen zu verschleiern. Der Staat darf nicht offen mit Organisationen kooperieren, die Meinungsunterdrückung betreiben. In Deutschland scheint das kaum ein Problem zu sein. Organisationen wie HateAid oder jugendschutz.net operieren im Grunde als verlängerte Regierungsarme. Der historische Kontext – die deutsche Vergangenheit – führt zu großer Sensibilität. Aber das kann schnell in autoritäre Impulse kippen.

WELT: Wenn wir über Einfluss auf deutsche Informationspolitik sprechen: Welche Rolle spielt dabei die geopolitische Bindung an die USA?

Lowenthal: Das ist ein recht komplexes Phänomen. Die neue Trump-Regierung hat bislang rhetorisch einen deutlich anderen Ansatz im Umgang mit Information signalisiert als ihr Vorgänger, die Biden-Regierung. Gleichzeitig gibt es auch Kontinuitäten. Während die Trump-Regierung, etwa durch die Rede von J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz (<https://www.welt.de/debatte/plus255442672/Vance-Rede-im-Wortlaut-Die-Missachtung-der-Buerger-ist-der-todsichere-Weg-die-Demokratie-zu-zerstoeren.html>), Deutschland und die EU in mancher Hinsicht dazu gedrängt hat, weniger zu zensieren, hat die US-Außenpolitik – vor allem mit Blick auf die Eskalation in der Ukraine – Deutschland zugleich unter Druck gesetzt, unpopuläre oder riskante politische Positionen einzunehmen. Und eine ganze Reihe atlantischer Stiftungen und Thinktanks übt weiterhin „Soft Power“ durch den akademischen NGO-Sektor aus – und fördert manchmal auch Zensur als Antwort auf innergesellschaftlichen Widerspruch.

WELT: Wenn man dieses Netzwerk als Ganzes betrachtet – wer sitzt im Maschinenraum?

Lowenthal: Es reicht von Bundesministerien über Landesmedienanstalten, Sicherheitsbehörden, staatlich geförderte Forschungsinstitute, Unikonsortien bis zu Faktencheckern und NGOs, die von Ministerien oder der EU finanziert werden. Immer wieder tauchen die gleichen Akteure in neuen Projekten auf. Das verleiht dem System eine starke Kontinuität – trotz organisatorischer Streuung.

WELT: Und welche Rolle spielt das Innenministerium?

Lowenthal: Es hat im Verlauf des letzten Jahrzehnts sich überlappende Zuständigkeiten angesammelt. Extremismusbekämpfung, Cybersicherheit, Krisenkommunikation und Einheiten für „hybride Bedrohungen“ wurden in seinen Aufgabenbereich integriert – jeweils mit Komponenten, die Sprache und Information betreffen. Förderlinien für Forschungsverbünde und Intermediäre haben seinen Einfluss dann über die formale Regulierung hinaus ausgedehnt. Das Ergebnis ist ein Ministerium, das einen großen Teil des Feldes koordiniert, finanziert und legitimiert.

WELT: Was bedeutet in diesem Gefüge die Rolle des Verfassungsschutzes?

Lowenthal: Der Einfluss des Bundesamts für Verfassungsschutz wirkt häufig eher über Kategorisierungen als über formelle Sanktionen. Zu seinen Prüfkategorien gehört inzwischen auch die „Delegitimierung des Staates“, wodurch sich die Beobachtung von organisierten Gruppen auf einzelne Personen ausweitet, deren Äußerungen als politisch störend eingestuft werden. Ist eine solche Einstufung einmal erfolgt, kann sie maßgeblich beeinflussen, wie andere Institutionen und die Öffentlichkeit diese Akteure wahrnehmen – und führt oft schon durch Tabuisierung und gesellschaftliche Ächtung dazu, dass Kontakte gemieden werden, ganz ohne formelles Verbot.

WELT: Was hat Sie am System am meisten alarmiert?

Lowenthal: Am irritierendsten war der Aufbau eines dichten Netzes öffentlich finanzierter Intermediäre zwischen Staat und Öffentlichkeit. Das System wächst leise, ganz ohne demokratische Debatte – und wirkt dennoch hochkoordiniert.

WELT: Das klingt paradox: hochtransparent, aber unsichtbar?

Lowenthal: Deutsche Daten sind überraschend transparent. Man kann herausfinden, wer was finanziert. Private Gelder sind schwieriger zu verfolgen. Aber die Informationen sind da – nur so umfangreich, dass sie kaum jemand wirklich durchdringt.

WELT: Und die Bevölkerung– was bekommt sie davon mit?

Lowenthal: Viele wissen nicht einmal, dass Zensur stattfindet. Auch viele „progressive Menschen“ in Berlin nicht. Es wird nicht wahrgenommen, weil es anders funktioniert als klassische staatliche Repression.

WELT: Führt das zu historischen Déjà-vus?

Lowenthal: Ja. Deutschland greift reflexhaft zu staatlichen Steuerungsinstrumenten, um gesellschaftliche Konflikte zu lösen. Es ist ein Muster, das man in der Geschichte oft beobachtet.

WELT: Sie beschreiben eine politische Kultur, die Einschränkungen moralisch überhöht.

Lowenthal: In Deutschland gelten bestimmte Positionen nicht als politische Haltungen, sondern als bürgerliche Pflicht. So werden Debatten verengt. Maßnahmen werden als ethisch notwendig dargestellt – nicht als politische Entscheidung. Doch was als unzulässige Rede gilt, ist immer selbst politisch.

WELT: Was heißt das für den Journalismus?

Lowenthal: Journalisten sollten darüber schreiben – möglichst oft. Sie sollten Organisationen und Ministerien hinterfragen. Sie sollten das „Overton Fenster“ (<https://www.welt.de/kultur/plus249490086/AfD-Geheimtreffen-Wem-die-Aufregung-um-die-Remigrations-Plaene-nutzt-und-wem-sie-schadet.html>), das den Bereich des Sagbaren beschreibt, wieder weiter öffnen.

WELT: Und für die Demokratie?

Lowenthal: Das System erzeugt genau das, was es verhindern will: Polarisierung, Radikalisierung, gesellschaftliche Spaltung. Unterdrückung löst keine Konflikte – sie verschärft sie. Der einzige Weg ist ein offener Diskurs. Auch mit Menschen, die man nicht ausstehen kann.

Der Australier Andrew Lowenthal ist Mitbegründer von liber-net, arbeitete eng mit Matt Taibbi an den „Twitter Files“, leitete einen Bericht über den „Censorship-Industrial Complex“ und war Fellow am Berkman-Klein-Center der Harvard University sowie am MIT.